

frischem Mut zur konkreten Utopie. Ein weiterer Band der neuen Reihe will «Solidarische Ökonomie & Commons» präzisieren, zwei der Kernbegriffe für alternative Wirtschafts- und Lebensweisen, wie sie in Nischen abseits von Markt und Staat längst weltweit bestehen. Schön finde ich, dass derartige Publikationen in Österreich «mit Unterstützung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung» erscheinen und ein Klima- und Energiefonds solche Studien über andere «Politikoptionen» finanziert.

### «Futurzwei»: schon mal anfangen

In diesem Zusammenhang tagesaktuell zu erwähnen ist, dass gestern die von Harald Welzer mitbegründete «Stiftung Futurzwei» online ging. Sie präsentiert «Erzählungen über Menschen, die schon mal damit anfangen, anders und zukunftsfähig zu leben». Damit sollen neue Projekte angestoßen werden, denn der durch intensive Auseinandersetzung mit Klimafragen radikal politisierte Sozialpsychologe ist überzeugt, «dass das stärkste

Moment der Veränderung einer Praxis die Praxis selbst ist».

**Land – Konflikt, Politik, Profit.** Heft 124 von 'Peripherie', Zeitschrift für Politik und Ökonomie der Dritten Welt. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2011, 155 Seiten, Einzelheft 10.50 Euro. Jahresabonnement 30 Euro plus Versand.

**Kämpfe um Land.** Gutes Leben im post-fossilen Zeitalter. Mandelbaum, Wien 2011, 255 Seiten, 20 Euro. Infos zur neuen Buchreihe: [www.kritikundutopie.net](http://www.kritikundutopie.net)

[www.futurzwei.org](http://www.futurzwei.org)

# Eine europäische Krisenrundschau

Klar auf Europa und die Schweiz im Speziellen ausgerichtet sind die Krisenanalysen im neuen 'Widerspruch'. Dass es in einer Welt des Umbruchs ökologisch, ökonomisch wie politisch keine unberührten Inseln mehr gibt, wird aber auch hier deutlich. Peter Niggli zum Beispiel nimmt die Rohstoffpolitik der EU unter die Lupe. Er erinnert daran, dass es bei vielen Materialien, die heute in Schlüsseltechnologien zur Anwendung kommen, nur ganz wenige Produzentländer gibt, und China habe bei einigen, deren Gewinnung besonders aufwändig und mit umweltbelastenden Prozessen belastet ist, fast ein Monopol. Peking begann zudem 2009 seine jährlichen Exportquoten bei den Seltenerdmetallen massiv zu senken. Den ausländischen Konzernen wurde nahegelegt, die Produktion entsprechender Güter ganz nach China zu verlagern. Was viele taten. Nun versuche Europa, in Afrika und Lateinamerika durch verstärkte Verknüpfung von Entwicklungshilfe und Handelsverträgen dem Vordringen asiatischer Konkurrenz entgegenzuwirken... Zwar lobt der Autor, dass sich die offizielle Entwicklungspolitik der Schweiz aus diesem geostrategischen Seilziehen noch heraushält. Doch wir sind mit dem Rohstoffhandel eng verfilzt; im Rezensionsteil findet sich eine Besprechung der aufschlussreichen Dokumentation der 'Erklärung von Bern' über «das gefährlichste Geschäft der Schweiz».

## Management statt Demokratie

Aber im Zentrum des Heftes steht, was auch die aktuellen Schlagzeilen bestimmt: Euro-, Banken-, Wirtschaftskrise und das hilflos wirkende politische Krisenmanagement. Stärker als in anderen Medien werden hier aber Aspekte wie die Schwächung der Demokratie, die Entwicklungen bei Einkommen und Vermögen oder die oft geradezu tragische Rolle der Gewerkschaften beleuchtet. Wie weit wir heute von einer Wirtschaftsdemokratie entfernt sind, mit der sich die Macht der Konzerne zügeln liesse, ist augenfällig. Gezeigt wird auch, dass Frauenanliegen zuerst unter die Räder geraten, wenn «die Stunde der Technokraten» schlägt, dass gewählte Parlamente im Entscheidungsprozess nur noch eine Nebenrolle spielen, Regierungen als Vollstrecker von

aussen diktiert Finanz- und Wirtschaftspolitik agieren. Wer die zwei Beiträge zum diesbezüglich bisher krassen Fall gelesen hat, wird kaum noch Sprüche über «Pleite-Griechen» klopfen und sich über soziale Explosionen nicht mehr wundern. Zuerst zeigt Gregor Kritidis auf, wie und zu wessen Vorteil griechische Staatsschulden aufgehäuft wurden. Nicht zuletzt durch Rüstungsinvestitionen und Prestigebauten, bei denen Deutschland und Frankreich als Hauptgeschäftspartner beteiligt waren, inklusive Korruption. Danach führt der Sozialwissenschaftler vor, wer nun unter Abgaben, Abstrichen und Privatisierungen leidet. Auf die Häfen warten chinesische Investoren. Viele verschuldete Kleinbetriebe dürften ihr Land verlieren, falls die öffentliche Landwirtschaftsbank zerschlagen wird. Danach stellt ein emeritierter Professor für Verfassungsrecht auch noch fest, dass die Athen aufgenötigten Verträge «rechtlich ungültig, beschämend und unzumutbar» sind. «Die anhaltenden gesellschaftspolitischen Konflikte in Griechenland, Irland, Spanien, Portugal oder Italien bringen deutlich zum Ausdruck, dass sich in der EU die soziale Krise und die Krise der Demokratie wechselseitig zuspitzen», hält ein deutscher Autor, Hans-Jürgen Bieling, fest. Wie aus den nationalen Widerständen und Protesten eine alternative Gestaltungsperspektive erwachsen könne, sei allerdings schwer zu erkennen. Im derzeit dominanten «autoritären Stabilisierungsdiskurs» würden «selbst vorsichtige Hinweise auf ein mögliches anderes Europa nicht toleriert» und «der transnationale finanzkapitalistische Machtblock» habe sich im Zuge der jüngsten Krisen eher noch gefestigt. Es fällt jedoch auch beim Lesen der Analysen im 'Widerspruch' auf, dass Alternativen meist erst am Schluss kurz angetönt werden.

## Schweiz schwimmt mit

Nachdem das institutionelle Geflecht zum Vollzug der neoliberal geprägten europäischen Wirtschaftspolitik in den meisten Beiträgen schlecht wegkommt, verblüfft der Titel bei Hans-Jürg Fehr umso mehr: «EU-Beitritt heisst Souveränitätsgewinn». Indem er nüchtern zeigt, dass uns «der autonome Nachvollzug» der Regelungen – oft gar mit

vorausielemendem Gehorsam – bezüglich Demokratie kaum Gewinn bringt, wird er zwar dem Anspruch der «fairen Analyse» gerecht. Aber er bleibt mit seiner Argumentation im Rahmen «der effektiv stattfindenden Internationalisierung der Politik, die ihrerseits der Internationalisierung der Märkte folgt». Gewiss kann der «von der konservativen Rechten hochgeputzte Neo-Nationalismus» für die Linke keine Alternative sein. Doch es wirkt etwas blauäugig, wenn sich Fehr bei der Beurteilung der EU und eines allfälligen Beitritts dann seinerseits «an unserer eigenen Gründungsgeschichte orientieren» will. Vom alten Staatenbund zum Bundesstaat. Souveränitätsverschiebungen von den Kantonen zum Bund. Ständerat und Ständemehr als Korrektiv. Mitbestimmung statt Selbstbestimmung. Damit sei die Schweiz «nicht schlecht gefahren». Der das Schwerpunktthema eher kontrapunktisch beendende Text lässt sich übrigens auch online finden: bei [www.info-sperber.ch](http://www.info-sperber.ch) als Anhang einer Rezension dieser 'Widerspruch'-Ausgabe.

Der nahrhafte Polit-Reader enthält wie üblich einen «Diskussionsteil». Dort finden sich mehrere Betrachtungen, die zum Weiterdenken über vorne nur Angerissenes taugen. Dies gilt auch für den Essay von Rolf Bossart über Atheismus und Religionskritik. Oder sind etwa in der Zeit des «Postmodernismus» nicht alle Hoffnungen auf gesellschaftliche Alternativen zu «Glaubenssachen» geworden? (haste)

**Widerspruch.** Beiträge zu sozialistischer Politik, Heft 61. Postfach, 8031 Zürich, 216 Seiten, 25 Franken. [www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch)

